

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 12. Juni 1922 in Weindöbha

Zur heutigen Bezirksauschusssitzung, die, wie Amtshauptmann Dr. Siebert in seinen Begrüßungsworten bemerkte, nach langer Zeit einmal im Bezirk, und zwar in Weindöbha, der größten Gemeinde der Amtshauptmannschaft, abgehalten wurde, hatte die Gemeinde ihren Schulsaal mit der prächtigen Aussicht auf den Ort und seine Umgebung zur Verfügung gestellt. Der Amtshauptmann gab namens des Bezirksausschusses dem als dessen Mitglied mit antretenden Gemeindevorstand Gisdner seiner Freude darüber und seinem Dank für alle Mühe Ausdruck, die mit den Vorbereitungsarbeiten und mit der im Anschluß an die Sitzung geplanten Befähigung verschiedener gemeinnütziger Einrichtungen in Weindöbha verbunden gewesen seien, und sprach unter Zustimmung des Bezirksausschusses die Absicht aus, mit ihm von Zeit zu Zeit auch noch in anderen Teilen des Bezirks Sitzungen abzuhalten, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die verschiedenen Verhältnisse und Einrichtungen im Bezirk an Ort und Stelle kennenzulernen. Weiter nahm der Amtshauptmann Veranlassung, den nach glücklich überstandener schwerer Operation zum ersten Male wieder im Bezirksauschus erschienenen Geschäftsführer Schmidt in Goswig besonders zu begrüßen und ihm namens des Bezirksausschusses die besten Wünsche für seine völlige Genesung auszusprechen.

Zur Tagesordnung übergehend, berichtete der Amtshauptmann zunächst über Leistung von Vorschüssen an Stadt- und Landgemeinden zur Gewährung der gesetzlichen Unterhaltungen an die Sozialrentner aus Weitzmitten. Vieles seien Klagen darüber laut geworden, daß den Gemeindebehörden die zur Auszahlung der Unterhaltungen nötigen Beträge vom Reich bzw. Land verspätet überwiesen worden seien, andererseits darüber, daß die Gemeindebehörden die Beteiligung der Unterhaltungsbeiträge erst dann vornähmen, wenn die staatlichen Vorschüsse bei ihnen eingingen, und daß, wenn von den Gemeinden zu geringe Vorschüsse angemeldet worden seien, die Renten nur in Höhe der eingegangenen Vorschüsse, nicht aber in voller gesetzlicher Höhe ausbezahlt worden seien. Die Gemeindebehörden seien gesetzlich verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Auszahlungen der Unterhaltungen immer pünktlich, wenn auch zunächst verlagweise, bewirkt würden. Diese verlagweise Auszahlung der Unterhaltungsbeiträge habe viele Gemeinden des Bezirkes in eine schwierige Lage gebracht, weil sie bei der allgemeinen Finanznot nicht über genügend Vermittel verfügen. Um diesen Schwierigkeiten abzuwehren, habe die Amtshauptmannschaft in der Annahme der nachträglichen Zustimmung des Bezirksausschusses den Gemeinden auf Ansuchen bereits entsprechende Vorschüsse aus Bezirksmitteln gewährt und beabsichtige, ihnen auch künftig in gleicher Weise beizustehen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Gemeinden die für die Einreichung der Abrechnung über die gezahlten Unterhaltungen und die zur Auszahlung nötigen Vorschüsse vorgeschriebenen Fristen genau einhalten. Der Bezirksauschus nahm zumißend Kenntnis und genehmigte die bisherigen und die künftig zu gewährenden Vorschüsse aus Bezirksmitteln unter den vom Amtshauptmann vorgeschlagenen Bedingungen.

Sodann beschäftigte sich der Bezirksauschus mit der Frage der Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder in das Verpflegheim „Wettinlust“ in Goswig. Wie der Amtshauptmann ausführte, entsendet das Volkshausamt des Pflegebezirkes Weitzmitten jährlich eine Anzahl lungengefährdeter (nicht lungenkranker) Kinder auf einige Wochen zur Stärkung in das Kinderheim Hintergersdorf. Die Amtshauptmannschaft habe sich die Frage vorgelegt, ob nicht wenigstens verlagweise, ev. auch aus anderen Pflegebezirken des Bezirkes, einige Kinder zur Kur im Wettinlust untergebracht werden könnten, da, wie auch ärztlich festgestellt wird, die ozonreiche Luft der das Wettinlust mit seinen schönen und gesunden Räumern umgebenden Waldwälderungen bei der reichlichen Kost und bei sonstiger zweckentsprechender Pflege (Viegekur, Luft- und Sonnenbäder) gleich gute Kräftigungserfolge verbringe. Die Kinder würden unter ärztlicher Aufsicht und unter ständiger Leitung einer Schwester, sowie völlig gefondert von den übrigen Insassen des Wettinlustes gehalten werden und sich in den ausgedehnten Gartenanlagen des Wettinlustes, sowie in den benachbarten Waldungen ausruhen und erholen können. Der Bezirksauschus begrüßte die Anregung, beschloß aber, vor endgültiger Genehmigung nochmals die Frage zu prüfen, ob die Aufnahme von Kindern im Wettinlust hinsichtlich des Zusammenkommens mit kranken und kranken erwachsenen Insassen des Stiftes auch völlig unbedenklich sei. Einer Anregung des Geschäftsführers Schmidt, die lungengefährdeten Kinder in Familienpflege auf das Land zu geben, begabente Mittergüterbesitzer Steigert mit dem Einverständnis, daß mit Einzelpflege von Kindern auf dem Lande in den letzten Jahren keine günstigen Erfahrungen gemacht worden seien, nicht etwa weil sich die betreffende Hausfrau der damit verbundenen Mühe geistert hätte, sondern weil sie die Kinder nicht immer habe unter Aufsicht behalten können und die übernommene Verantwortlichkeit für sie deshalb zu groß sei. Gemeindevorstand Gisdner erregte an, auch nochmals der Frage der bereits in früheren Jahren einmal erwogenen Einrichtung einer ständigen Kinderkation im Verpflegheim Wettinlust näher zu treten. Nachdem die vom Bezirke beim Landkrankenhause in Weitzmitten unterhaltene Kinderkation mit der Eröffnung des Wettinlustes eingegangen und das Kreidwaisenhaus in Weitzmitten, das verschiedene Gemeinden des Bezirkes mit Kindern belegt hätten, seine Pforten demnächst für immer schließen würde, sei diese Frage für die Gemeinden des Bezirkes von großer Wichtigkeit. Amtshauptmann Dr. Siebert schlug vor, die angeordnete Frage, ob eine Isolierung der einzelnen unterzubringenden Kinder von den übrigen Insassen des Wettinlustes möglich sei, und weiter die Frage, ob sich vielleicht die an das Wettinlust anzuschließende allgemeine Kinderkation in dem jetzt fast leerstehenden, ursprünglich zur Unterbringung von Zwangsarbeitern bestimmten Hause, das auch sehr schöne, gesunde Räume habe und von den übrigen Gebäuden des Stiftes getrennt sei, ermöglichen lasse, gleich im Anschluß an die Sitzung des Bezirksausschusses bei einer Befähigung an Ort und Stelle zu prüfen. Der Bezirksauschus stimmte diesem Vorschlage zu. (Die nach Schluß der Bezirksauschusssitzung vorgenommene Befähigung des Wettinlustes in Goswig ergab die übereinstimmende Ueberzeugung, daß es ohne Schwierigkeiten möglich sein würde, einzelne erholungsbedürftige Kinder im Hauptgebäude des Stiftes von den übrigen kranken und kranken erwachsenen Insassen getrennt unterzubringen, und daß sich bei einigen baulichen Veränderungen, an deren Vorbereitung hergegangen werden soll, auch eine allgemeine Kinderkation in dem Nebengebäude einrichten lassen werde.)

Ueber die Vereinigung der Mittergüter Lentemitz, Planitz, Della, Sornitz und Proschwitz mit den gleichnamigen Gemeinden berichtete ebenfalls Amtshauptmann Dr. Siebert. Auf Grund des Berichtes genehmigte der Bezirksauschus einstimmig die zwischen den genannten Gemeinden und den Mittergütern abgeschlossenen Beträge, die im allgemeinen dem von der Amtshauptmannschaft herausgegebenen Musterentwurf entsprechen, einschließlich der steuerlichen Bestimmungen. Schließlich gab der Amtshauptmann noch bekannt, daß nach einer soeben eingegangenen Verordnung des Ministeriums des Innern, nachdem die Amtshauptmannschaft im Anschluß an den auf dem kürzlichen Bezirkstage gefassten Beschluß vorläufig geworden sei, das Zogelgeld der Mitglieder des Bezirksausschusses usw. mit Wirkung vom 1. Mai dieses Jahres ab auf 90 Mark erhöht worden sei. Die betreffende Verordnung werde im nächsten Geschäftsplatze erscheinen.

Ein Antrag der Firma Glasfabrik A.G. in Brodowitz auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung einer Wassergeneratorenanlage auf ihrem Grundstücke in Brodowitz fand auf Vorschlag des Regierungsabrates Dr. Wilde bedingungsweise Genehmigung, ebenso wie ein Antrag der Firma Litz-Werke, L.G., Abteilung Sornitz in Sornitz auf Erteilung der Genehmigung zur Aufstellung eines Kesselhauses in ihrem Grundstücke in Sornitz

Auf Vorschlag des Regierungsrates Dr. Wenzel wurde dem Antrage der Gemeinde Großsch auf Verschmelzung der Gemeindefläche mit der Gemeinde Weitzmitten. — Der Antrag zum Ortsfest über die kostenlose Toiletteerstattung in der Gemeinde Brodowitz fand auf Vorschlag des Regierungsrates Dr. Müller einstimmig Genehmigung.

In der Bezirksversammlung am 31. Mai 1922 war angesetzt worden, auf der Bezirksstraße Meißen-Gautsch das Wegegeld wieder einzuführen. Die Amtshauptmannschaft hatte bereits seit Anfang dieses Jahres Rechnungen wegen und eine Rentabilitätsberechnung aufgestellt. Darin wurde herausgestellt, daß die Ausgaben für Befolgung der Begeleitnehmer usw. die tatsächlichen Einnahmen übersteigern würden, daß aber vielleicht mit einem indirekten Nutzen zu rechnen sein würde, als nach Einführung des Weggeldes eine Abwanderung des der Fahrbahn der Straße stattdessen Kraftwagenverkehrs eintreten würde, so daß die Erörterung der Fahrbahn langsamer vor sich gehen und die Kosten für Wiederherstellung seltener aufzuwenden sein würden. Weitere Erhebungen und Anregungen und die ganze Frage der Einführung des Weggeldes werden aber, wie Amtshauptmann Dr. Siebert bekanntgab, ohne weiteres dadurch gegenstandslos, daß mit dem Inkrafttreten des jetzt erlassenen Kraftfahrzeuggesetzes, frühestens mit dem 1. April 1923, die Erhebung von Chaussee- und ähnlichen Weggeldern von Kraftfahrzeugen für die gewöhnliche Benutzung öffentlicher Wege unzulässig sei. Das gleiche gelte für sonstige Fahrzeuge mit der Ausnahme des Antriebs einer Landmaschine für die Benutzung der Wege, die ebenfalls eingeführt wird. Mit Rücksicht auf diese gesetzliche Regelung der Frage beschloß der Bezirksauschus auf Vorschlag des Amtshauptmanns, von der Erhebung eines Weggeldes von Weitzmitten wegen, die nur noch bis zum April 1923 zulässig sein würde, abzusehen.

In Ausführung von Beschlüssen der Hauptversammlung des Gemeindefürsorgeverbandes Weitzmitten-Landtauchen sind Satzungsänderungen dieses Verbandes notwendig, die ihren Niederschlag in einem Nachtrage zur Satzung finden sollen. Die Genehmigung dieses Nachtrages wurde in Aussicht gestellt. — Mit Rücksicht auf die Feuerungsverhältnisse sind die Gebühren für die Freibänke anstehend den Vorschlägen der Anstalt für staatliche Schlachtwirtschaftserhebung nach abertweit erhöhten Baukosten zu berechnen. Diese Erhöhung bedingt die Aufstellung und Genehmigung von Nachträgen zu den Ortskassen, die Errichtung einer Feueranstalt betreffend. Der Bezirksauschus ermächtigte die Amtshauptmannschaft, die Genehmigung der in größerer Anzahl erwartenden Nachträge namens des Bezirksausschusses auszusprechen, soweit die Nachträge einem zu diesem Zwecke aufgestellten Musterentwurf entsprechen. — Nachdem einem Antrage des Ingenieurs Braune in Kötz auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung einer Eisengießerei auf Grundstücken der Maschinenfabrik Hermann Beckert in Kötz nach dem Vorschlage des Regierungsabrates Dr. Wilde entsprochen worden war, schloß die öffentliche Sitzung eine nichtöffentliche, sowie die Befähigung der vorbildlichen Einrichtungen in der Schule, des im vorigen Jahre eröffneten röhren Schwimmabes, des noch in der Anlage begriffenen Sportplatzes in Weindöbha und des Wettinlustes in Goswig ab.

Neueste Meldungen.

Seine Mehrheit für die Getreideumlage?

Berlin. Am Montag wird, wie die „Dema“ wissen will, bei der Beratung der Getreideumlage für die Regierung eine kritische Situation entstehen. Die Deutschnationalen werden zusammen mit der Deutschen Volkspartei geschlossen gegen die Getreideumlage stimmen. Aber auch die Bayerische Volkspartei wird ihre gesamten Stimmen gegen die Getreideumlage abgeben. Dazu kommt, daß auch ein Teil der Mitglieder des Reichstages nicht für die Vorlage stimmen wird. Auch die demokratische Fraktion ist gespalten. Die Korrespondenz ist der Ansicht, daß die Regierung unter Umständen in der Minderheit bleiben könnte.

Der Verbleib der oberbayerischen politischen Gefangenen. DA Berlin. Nach langwierigen Verhandlungen ist in der Frage der Behandlung der oberbayerischen politischen Gefangenen eine Einigung dahin erzielt worden, daß diese in deutsche Gefängnisse des bezogenen Gebietes überführt werden sollen. Die noch schwebenden Verfahren sollen ebenfalls vor deutschen Gerichten im Rheinland zur Aburteilung gelangen.

Einmal wird seine Arbeiter für Argentinien.

DA Berlin. Das Gericht, das in Nordwestdeutschland verbreitet ist, daß die Firma Sinnes für Bahnbauten in Argentinien deutsche Arbeiter unter besonders günstigen Bedingungen anwirbt, ist unzutreffend. Weder baut Sinnes in Argentinien Bahnen, noch wird er Arbeiterströme dorthin an.

Ausbau der Saalewasserkräfte.

Halle a. S. Der Kreisrat des Kreises Unterfranken beschloß den Ausbau der Wasserkraft der unteren Saale und der Sinn mit einem Kostenaufwand von 100 Millionen Mark. Es sollen neue Anlagen errichtet und die alten vergrößert werden. Sowjetrussische Generalkonulat für Ostpreußen und Danzig. DA Königsberg. Die Sowjetregierung hat nach Verhandlungen mit der deutschen Regierung beschloßen, in Königsberg 1. Br. ein Generalkonulat der Sowjets mit außerordentlichen Vollmachten zu errichten, dessen Einfluß sich nicht nur auf die ostpreussischen Gebiete, sondern auch auf Danzig erstrecken wird.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 16. Juni.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag, den 15. Juni, abends 7 Uhr.

Anwesend sämtliche Mitglieder des Kollegiums außer Herrn Rebs, am Ratssitze die Herren Bürgermeister Dr. Kronfeld, Stadträte Behner und Sinemas.

Unter Eingänge gab der Vorsteher, Herr Oberl. Hienisch, ministerielle Revisionsvorschriften für Spar- und Wirtschafsbekannt und weiter, daß die Befähigung des Elektrizitätswerkes durch Herrn Direktor Fischer-Franzenberg Ende dieses Monats stattfindet. — Zustimmung nimmt man Kenntnis von der Beschaffung von Sand und Schlacken für die Laufbahn des Turnplatzes am Schützenhause, von der Ueberlassung der städtischen Turnhalle für 1 Stunde wöchentlich an die Landwirtschaftliche Haushaltungsschule zunächst für das Sommerhalbjahr und von der Notwendigkeit zweier neuer Oefen für das Verwaltungsgebäude. — Zur besseren Wahrung städtischer Interessen soll dem Reichsverband der Eigentümer von Mietpostgrundstücken beigetreten werden. — Dem Uhrmachermeister Nicolas wird eine angemessene Erhöhung der Entschädigung für Instandhaltung der Schul- und Rathausuhr zugewilligt. — Für die Abtragung der Entgrube auf dem Schützenplatze werden 500 M. für die erfolgte Reinigung des städt. Freibades 5000 M. bewilligt. — Geflügel- u. Kaninchenzüchterverein halten gemeinsam am Ueberlassung der städtischen Turnhalle zu Ausstellungensweden für die Zeit vom 27. Dezember bis 2. Januar nachgefragt. Der Rat hatte das Gesuch bereits genehmigt. Stadl. Fähne widerstand aus böggischen Gründen der Vereinfachung der Turnhalle und schloß als geeigneten Lokal das ehemalige Kesselhaus des Elektrizitätswerkes vor. Da Be-

denken hinsichtlich der dortigen Licht- und Wärmeverhältnisse geäußert wurden, verwies man das Gesuch an den Rat zurück. — Am den Wilsdruffer Einwohnern wie im Vorjahre preiswertes Obst zu bieten, ist ein Kirchenangebot des Straßen- und Wasserbauamtes Meißen an der Straße Rössen—Meißen angenommen worden. Der Ertrag ist auf ca. 120 Zentner geschätzt, der Paatpreis beträgt 13 000 M. Mit der Einbringung der Früchte ist Herr Stadtrat Jähle beauftragt worden. Die ersten Früchte sind bereits dieser Tage verkauft worden für den angemessenen Preis von 6 M. für das Fund. — Der Uebernahme des oberen Teiles der Bismarckstraße von Gutsbel, Bink in städtische Verwaltung wird nach Begutachtung durch Herrn Oberamtsstrassenmeister Dahn zugestimmt, desgl. der Uebernahme von Nummer 8 Absatz 2 Satz 1 des 8. Nachtrages zur Volksschulordnung (Tragung der Stimmzettelkosten bei der Elternratswahl durch die Stadt), der Erhöhung des Schulgebührens für auswärtige Schüler auf das Doppelte und der Anschaffung von 3 Minimal-Feuerlöschern für die Schule. — Nachdem auch der Elektroverband sich dahin geäußert hatte, blieb der Stadtvertretung nichts anderes übrig, als in den lauren Apfel zu beißen und der Erhöhung des Steuerungsalters für den von Deuben bezogenen Strom zuzustimmen, was eine weitere Erhöhung der Strompreise unvermeidlich zur Folge haben dürfte. — Da der Rat als solcher von dem Verkaufsvorhaben keinen Gebrauch zu machen gedenkt, wird der Verkauf von 5 hiesigen Grundstücken lediglich zur Kenntnis genommen. — An Baukostenzuschüssen stehen für dieses Jahr 150 000 M. zur Verteilung. Man ist geneigt, die Summe Herrn Baumeister Verthold zuzusprechen, der durch Aufbau seines Kontorgrundstückes 2 Wohnungen errichten und eine davon der Stadt zur Verfügung stellen will, verlangt aber zuvor die Einreichung eines Kostenvoranschlages. — Der Aufstellung einer Wegeläule am Kreuzungspunkte auf dem Markte durch den Verein für Natur- und Heimatkunde stimmt man zu. Es ist ein Epenit-Obelisk von Heimatfreunden in Amerika gestiftet und hilft einem schon lange von fremden Durchreisenden unangenehm empfundenen Mangel schneller Wegorientierung ab. — Dem Landwirtschaftlichen Kreisverein Dresden wird der Schützenplatz für die Tierchau am 31. Juli b. J. zur Verfügung gestellt. Gegen 5 Stimmen wird der Betrag von 500 M. bereitgestellt für den Fall der Stiftung von Preisen. — Einem schon lange empfundenen Uebelstande will man abhelfen, indem man die Steuerklasse in das jetzige Meldeamt verlegt und dort für den Kassierer einen besonderen Raum schafft, während für das Meldeamt in der Polizeiwache Raum geschaffen werden soll. — Der Ankauf von 100 Winkeln Brennholz für städtischen Bedarf wird genehmigt. — Nachdem sich die Verwendung der alten Treibriemen als Sohlleder als gut herausgestellt hat, wird ein Angebot des Schuhmachermeisters Westphal, der die Sohlen unentgeltlich schneiden will, dankend angenommen. Die Sohlen sollen dem Volkshausamt überwiesen werden. — Die Schieferbelegung des Rathausdaches wird nunmehr Herrn Dachdeckermeister Hienert übertragen. — Die Gebühren für Beaufsichtigung der öffentlichen Tanzmusik durch die Polizeibehörde werden auf 10 M. erhöht und sollen an die Stadtkasse abgeführt werden. — Die Ueberlassung von 200 Zentner Kartoffeln an den Konsumverein zum Preise von 120—130 M. je Zentner wird gutgeheißen. — Schließlich lud Herr Stadl. Fähne die Mitglieder beider Kollegien zu dem Sonntag anlässlich des Reichsarbeiterposttages stattfindenden Veranstaltungen des hiesigen Allgemeinen Arbeiter-Sport- und Turnvereins ein.

— Neue Regierungskrise in Sachsen. — Ablehnung des Polizeietats im Landtag. In der Donnerstag-Sitzung des sächsischen Landtages wurde das Kapitel 48 (Polizeiamter), mit Ausnahme des Kapitels Beiträge der sechs Großstädte mit 55 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Gegen den Polizei-Etat stimmten außer den bürgerlichen Abgeordneten die Kommunisten, so daß die beiden sozialistischen Regierungsparteien in der Minderheit blieben. — Ueber die Sitzung selbst wird berichtet: In 7tündiger Beratung erlebte der Landtag am Donnerstag das Etatkapitel Landespolizei, das Minister Lipinski in einer langen Rede vergeblich zu retten versuchte, in dem er die Behauptung aufstellte, daß die Ablehnung des Kapitels nichts anderes als die Auflösung der Landespolizei und einen Liebesdienst der Entente gegenüber bedeute. Er sprach von einer Verbrüderung der Bürgerlichen mit den Kommunisten und wünschte dieser Koalition unter stürmischer Heiterkeit des ganzen Hauses gute Fahrt. Abg. Jiller (Dnl.) beantragte Streichung der Einstellungen für die Regierungskommissare, die nichts anderes als ein Organ für die Durchführung des politischen Systems des Ministers Lipinski bedeute. Abg. Kerner (Komm.) gab namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, daß sie der jetzigen Regierung wegen ihrer arbeitserföndlichen Politik die Mittel zur Erhaltung der Polizei ablehnten. Abg. Blüher (D. Sp.) stellte fest, daß aus dieser Situation klar herorgehe, daß die sächsische Regierung am Ende ihres Latens sei. Minister Lipinski erklärte gegenüber der kommunistischen Forderung auf Verbot der Regimentslage, daß für ein solches solange keine Veranlassung vorliege, als die öffentliche Ordnung und Sicherheit und der Bestand des Staates nicht gefährdet seien. Abg. Dr. Seyfert (Dem.) forderte, daß die Regierung aus der Ablehnung die Konsequenzen ziehe und Abg. Beutler (Dnl.) stellte fest, daß eine Regierung, die trotz Ablehnung des Polizei- und Justizetats nicht gebe, verfassungswidrig sei. Bei der Abstimmung wurden die Einstellungen für die Landespolizei im Etat für 1921 und 1922 mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten gegen die der Sozialdemokraten und der Unabhängigen abgelehnt. Bei einer weiteren Abstimmung über den Lastenausgleich bez. die Heranziehung der Großstädte zu den Kosten der Landespolizei stimmten die Kommunisten mit den Regierungsparteien. Der deutschnationale Antrag auf Streichung der Regierungskommissare wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei abgelehnt, desgleichen der Antrag der Volkspartei bezüglich des Lastenbeitrags der Großstädte mit 47 gegen 46 Stimmen. Nachdem noch das Etatkapitel Armenkrankenpflege und sonstige Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt erledigt worden war, erfolgte nach 7 Uhr Schluß der Sitzung. Nächste Sitzung Donnerstag den 22. Juni 1922.

— Urlaub des Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Bud ist vom 19. Juni bis 29. Juli beurlaubt. Seine Vertretung übernimmt der Minister des Innern Lipinski. An den Ministerpräsidenten Bud persönlich gerichtete Anschriften müssen während der Zeit seinesurlaubes unerledigt liegen bleiben. Es empfiehlt sich daher, berartige Schreiben an die zuständigen Ministerien (Staatskanzlei, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten) zu richten.

— Fortsetzung des Romans in nächster Nummer. — Die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt. Nach dem letzten Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung zeigte die Arbeitsmarktlage keine wesentliche Veränderung. Die Vermittlungstätigkeit war im allgemeinen gering, namentlich mit Rücksicht auf die an vielen Orten begonnenen Arbeiterferien. In der Landwirtschaft besteht der Mangel an Anekten und Mägden fort. Auch der Bedarf an Gärtnerinnen hält an. — Die Eröffnung der Ausstellung für das Gastwirts-gewerbe und die heimische Industrie in Meißen erfolgte am